



## Globale Beschäftigungskrise erfordert Unterstützung der IFIs und keine Sparmassnahmen

Erklärung von Global Unions<sup>1</sup> anlässlich der Jahrestagungen des IWF und der Weltbank im Jahr 2010  
(Washington, 9. – 11. Oktober 2010)

### Einführung

1. Global Unions befürchten, dass die jüngste Abwendung der internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) von Konjunkturmaßnahmen und stattdessen deren Befürwortung einer finanziellen Konsolidierung die fragile wirtschaftliche Erholung gefährden und die derzeitigen hohen Arbeitsplatzverluste noch auf Jahre fortsetzen werden. Die Anzeichen dafür, dass sich das Wirtschaftswachstum in einigen Regionen der Welt bereits wenige Monate nach dem Beginn des Konjunkturaufschwungs verlangsamt, deuten auf eine mögliche erneute Rezession hin, zu der dieser politische Richtungswechsel beigetragen haben wird. An die jüngsten IWF-Kredite waren Sparmaßnahmen geknüpft, und deren negative Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind bereits deutlich geworden, ebenso wie die Folgen bezüglich der rapide abnehmenden Qualität des öffentlichen Dienstes, was der Entwicklung der einzelnen Länder langfristigen Schaden zufügen wird. Eine erneute Rezession wird zudem zu einer Verlangsamung der Fortschritte bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) führen, die angesichts des negativen Wirtschaftswachstums in den Jahren 2008 und 2009 und nicht eingehaltener Hilfszusagen bereits ernsthaft untergraben wurden. **In dieser Erklärung werden die IFIs aufgefordert, Sparprogramme abzulehnen und beschäftigungsorientierte Konjunkturmaßnahmen sowie Investitionen in qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu unterstützen, um die wirtschaftliche Erholung zu fördern.**

2. Manche Länder haben neue Regeln für die Finanzmärkte eingeführt, um einige der unzureichend regulierten Aktivitäten, die zu dem finanziellen Zusammenbruch geführt haben, einzudämmen. Andere Länder haben jedoch keine diesbezüglichen Fortschritte erzielt, und das Fehlen einer internationalen Koordination bei der Festlegung eines neuen Regelrahmens, wie von Global Unions und unzähligen anderen gefordert, stellt ein kras- ses Versäumnis dar. In dieser Erklärung werden der IWF und andere mit der Entwicklung eines Rahmens zur Regulierung der Finanzmärkte beauftragte internationale Gremien aufgefordert, konkrete Schritte in diese Richtung einzuleiten. **Sie sollten zudem die Konzipierung und Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterstützen, die da- zu beitragen wird, den durch die Finanzkrise verursachten Schaden, einschließlich der untragbar hohen Arbeitslosenquoten, wiedergutzumachen und die von der in- ternationalen Gemeinschaft gemachten umfassenden Zusagen bezüglich der Fi- nanzierung der Entwicklung und des Klimaschutzes einzuhalten.**

---

<sup>1</sup> Die Global-Unions-Gruppierung setzt sich zusammen aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), der 176 Millionen Mitglieder in 151 Ländern hat, den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs), die ihre jeweiligen Branchen auf internationaler Gewerkschaftsebene vertreten (BHI, BI, IAEA, ICEM, IJF, IMB, ITF, ITBLAV, IUL, IÖD und UNI) sowie aus dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD.

3. **Einige der grundlegenden Ursachen der Krise 2008/2009, die häufig als "globale Ungleichgewichte" zusammengefasst werden, müssen erst noch in ernsthafter Weise angegangen werden, einschließlich der zunehmenden Ungleichheit und des zurückgehenden Anteils der Arbeit an den Einkommen weltweit.** Die IFIs sollten den zugrunde liegenden Problemen größere Beachtung schenken, die stagnierende und sinkende Reallöhne erklären, inklusive weit verbreiteter Arbeitnehmerrechtsverletzungen. Positiv zu vermerken ist, dass die Weltbank die an die Achtung der Arbeitsnormen geknüpften Auflagen für die von ihr finanzierten Infrastrukturprojekte kürzlich verbessert hat. Jetzt sollte es ihr darum gehen, die wirksame Einhaltung dieser Auflagen sicherzustellen.

### ***Es bedarf beschäftigungsorientierter Konjunkturmaßnahmen***

4. Der IWF hat seine jüngsten globalen Wachstumsprognosen für 2010 angesichts höherer Wachstumsraten in den ersten Monaten des Jahres nach oben korrigiert. Die Entwicklungen in der Jahresmitte waren weniger positiv, da sich das Wirtschaftswachstum in einigen der größten Volkswirtschaften wie etwa in den USA und in China verlangsamte. Manche Analysten haben ihre Prognosen nach unten korrigiert, vor allem angesichts der von zahlreichen Regierungen geplanten Einstellung ihrer Konjunkturprogramme, und vielen sprechen inzwischen unverhohlen von einer erneuten Rezession.

5. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich trotz eines erneuten globalen Wachstums im Jahr 2010 in den meisten Ländern nicht gebessert. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung befinden sich weiterhin auf dem hohen Stand, den sie auf dem Höhepunkt der Rezession erreichten, was sich mit der Prognose der Führungsspitze der G20 bei ihrem Gipfel in Pittsburgh im September 2009 deckt, als es hieß, dass die Arbeitslosigkeit ohne nachhaltige Maßnahmen in vielen ihrer Länder weiter steigen dürfte, auch nach der Stabilisierung der Volkswirtschaften, mit unverhältnismäßig großen Auswirkungen auf die schwächsten Gruppen der Bevölkerung. Im April 2010 schlossen die Arbeitsminister der G20 dieser Prognose die Empfehlung an, der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen fortgesetzte Aufmerksamkeit zu schenken, einschließlich der entschiedenen Umsetzung der bereits beschlossenen Politik und der Erwägung zusätzlicher Beschäftigungsmaßnahmen. In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit, einer umfangreichen informellen Wirtschaft und/oder hohen Armutsquoten wurden zielgerichtete Bemühungen zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für arme Haushalte und schwache Gruppen empfohlen. Auf globaler Ebene hat die Internationale Arbeitskonferenz im Juni 2009 einen Globalen Pakt für Beschäftigung angenommen, der ebenfalls zu einer entschiedenen Bekämpfung der Beschäftigungskrise aufruft.

6. Die von der G20 und anderen Ländern beschlossenen Konjunkturmaßnahmen müssen in Ländern fortgesetzt werden, in denen bisher keine nachhaltige wirtschaftliche Erholung stattgefunden hat, und sie sollten stärker auf die Beschäftigung ausgerichtet werden. Große Infrastrukturprojekte, die im Rahmen antizyklischer Strategien begonnen oder beschleunigt wurden, haben eine wichtige Rolle bei den Konjunkturprogrammen gespielt und sollten fortgesetzt werden, vor allem dann, wenn sie der Erhöhung der Gesamtproduktivität dienen. Kleinere Projekte, wie etwa jene zur Erhöhung der Energieeffizienz oder zur Verminderung der Treibhausgasemissionen – grüne Arbeitsplätze – wirken sich jedoch häufig genauso oder noch stärker auf die Beschäftigung aus. Dasselbe gilt für Investitionen in Bildung, Ausbildung und das Gesundheitswesen, die nicht nur schnell und landesweit Arbeitsplätze, sondern auch die Grundlage für langfristige Produktivitätszuwächse schaffen. Durch viel benötigte Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer entstehen nicht nur Arbeitsplätze, wo sie am meisten gebraucht werden, sondern es kann auch dazu beigetragen werden, die Ernährungssicherheit und den Lebensstandard der ländlichen Erwerbsbevölkerung zu verbessern.

7. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Frauen und Männer sollten die Konjunkturpakete auch geschlechtsspezifische Maßnahmen und Programme beinhalten, die darauf abzielen, tief verwurzelte geschlechtsbedingte Ungleichheiten auf den Arbeitsmärkten zu beseitigen. Obwohl die Krise negative Folgen für die Beschäftigung sowohl von Frauen als auch von Männern hat, dürfte sie die Arbeit von Frauen noch prekärer machen. **Der IWF und die Weltbank sollten die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einer klaren Priorität ihrer Maßnahmen machen und die Agenda für menschenwürdige Arbeit durch verbesserte Einkommensersatzprogramme und eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowohl für Frauen als auch für Männer unterstützen.**

### ***IWF-Unterstützung sollte die Konjunkturerholung fördern***

8. Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen ist in den Ländern am wichtigsten, die Nothilfe vom IWF erhalten haben, um der Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen. Die jüngsten vom IWF gewährten Kredite zeigen jedoch, dass das Gewicht auf Haushaltskonsolidierung und Defizitabbau verlagert wurde, obwohl einige der Kreditprogramme 2009 angepasst wurden, um größere Defizite zu ermöglichen und somit den Folgen der Krise entgegenzuwirken. Der IWF hat 2009 beispielsweise genehmigt, dass das Haushaltsdefizit der Ukraine 8,5 Prozent des BIP übersteigt, aber eine im August 2010 vereinbarte neue Kreditvereinbarung über 15,1 Milliarden Dollar besagt, dass das Defizit bis 2011 auf 3,5 Prozent des BIP zurückgehen muss – was durch Lohnstopps, Rentenkürzungen und Preiserhöhungen öffentlicher Versorgungsdienste erreicht werden soll – obwohl die Konjunkturerholung nur langsam erfolgt und der IWF noch mehrere Monate lang nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit rechnet.

9. Im Falle Jamaikas sieht die Kreditvereinbarung des IWF über 1,27 Milliarden Dollar vom Februar 2010 einen Abbau des Haushaltsdefizits durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern und der Gebühren für öffentliche Dienstleistungen, einen Lohn- und Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst und eine Senkung der Lohnkosten sowie zahlreiche Privatisierungen vor. Infolge der Kreditvereinbarung bekamen Lehrkräfte und andere öffentlich Bedienstete ihre ausstehenden Löhne und Gehälter nicht ausgezahlt, was zuvor bereits ausgehandelt worden war. Diese Maßnahmen sind vor dem Hintergrund einer rückläufigen Wirtschaftsproduktion in dem Land während der Jahre 2008 und 2009 und einer erwarteten dritten Kontraktion in Folge im Jahr 2010 zu sehen. Die Arbeitslosigkeit wird aufgrund der Sparmaßnahmen weiter steigen.

10. In Griechenland, das eine der größten Kreditvereinbarungen in der Geschichte des IWF ausgehandelt hat – mit der Finanzhilfe von EU-Ländern beläuft sich die Kreditvereinbarung auf insgesamt 110 Milliarden Euro – wurde die Regierung verpflichtet, massive Sparmaßnahmen zu ergreifen und das Defizit im öffentlichen Sektor mitten in einer Rezession zu reduzieren. Als Folge rechnet der IWF mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von 9 Prozent im Jahr 2009 auf nahezu 15 Prozent im Jahr 2012. Trotz erheblicher Ausgabenkürzungen werden die Staatsschulden Prognosen des IWF zufolge von 115 Prozent des BIP im Jahr 2009 bis mindestens 2013 weiter zunehmen, wenn sie 149 Prozent des BIP betragen werden. Anstatt die Schuldenlage zu verbessern, verschlimmert das Sparprogramm sie auf mittlere Sicht weiter, da die Wirtschaft weiter schrumpft.

11. Das neue Gewicht, das Sparmaßnahmen beigemessen wird, wirkt sich auch auf die ärmsten Länder der Welt aus. Ein kürzlich von Oxfam veröffentlichter Bericht, in dem die Haushaltspolitik von 56 Ländern mit niedrigem Einkommen untersucht wurde, liefert klare Anhaltspunkte für eine Umkehr der Politik zwischen 2009 und 2010. Es heißt dort, dass in deutlichem Gegensatz zu der Reaktion auf die asiatische Finanzkrise Ende der 90er Jah-

re zwei Drittel der untersuchten Länder ihre Haushaltsdefizite erhöht hätten, eine lobenswerte erste "Konjunkturmaßnahme" zur Bekämpfung der Krise. Nur ein Viertel habe dies jedoch 2010 fortgesetzt. Länder mit IWF-Programmen hätten 2009 mehr Konjunkturmaßnahmen ergriffen als andere, aber Prognosen zufolge würden sie diese dafür 2010 stärker zurückschrauben.<sup>2</sup>

**12. Der IWF sollte seine aufgestockten finanziellen Ressourcen, die 2009 verdreifacht wurden und deren weitere Erhöhung der Fonds beantragt, dazu verwenden, um von der globalen Krise betroffene Länder dazu zu ermutigen, längerfristig eine antizyklische Fiskalpolitik zu verfolgen, bis sie die Rezession wirklich überwunden haben. Darüber hinaus unterstreicht die Situation Griechenlands und vieler anderer Länder die Notwendigkeit eines fairen und transparenten Umschuldungsmechanismus für Staatsschulden, das von Ländern mit einem nicht nachhaltigen Schuldenumfang angewandt werden kann.**

### ***Erneute Lebensmittelpreiskrise erfordert Maßnahmen des IWF in Ländern mit niedrigem Einkommen***

13. Länder mit niedrigem Einkommen waren von der Wirtschaftskrise einerseits durch die Auswirkungen der weltweiten Rezession 2008/2009 betroffen und andererseits durch das Wiederaufleben der Lebensmittelpreiskrise im Jahr 2010, die zuvor 2008 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Diese Krisen haben die Aussicht auf das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) in Bezug auf den Armutabbau und Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie hinsichtlich weiterer Ziele weiter beeinträchtigt.<sup>3</sup> Gefährdet wurden Fortschritte bei der Erreichung der MDGs auch durch das Versäumnis von Geberländern, ihre Entwicklungszusagen einzuhalten, vor allem die der Führungsspitzen der G8 bei ihrem Gipfel 2005 im schottischen Gleneagles.

14. Die Weltbank hat einen Großteil ihrer erhöhten finanziellen Unterstützung in den vergangenen beiden Jahren Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt, aber die Hilfe für Länder mit niedrigem Einkommen, die bezüglich der Erreichung der MDGs vor den größten Herausforderungen stehen, wurde wesentlich langsamer ausgeweitet. Die zinslosen Kredite und Zuschüsse der IDA, die 79 Ländern mit niedrigem Einkommen Unterstützung gewährt, wurden 2009/2010 um lediglich 3,6 Prozent erhöht, gegenüber einer 34-prozentigen Erhöhung seitens der verzinsliche Kredite gewährenden IBRD, wie es im Jahresendbericht der Bank heißt. Die größten Auswirkungen wird die erneute Lebensmittelpreiskrise jedoch auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und andere ungeschützte Gruppen in Ländern mit niedrigem Einkommen haben.

**15. Die Weltbank sollte mit Geberländern zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass zusätzliche Unterstützung für diejenigen bereitgestellt wird, die unter dem erneuten Anstieg der Lebensmittelpreise zu leiden haben, und dass Ländern mit niedrigem Einkommen weitere Schuldenerleichterungen gewährt werden. Sowohl der IWF als auch die Weltbank sollten Maßnahmen empfehlen, die spekulative Finanzinvestitionen von den Nahrungsmittelmärkten fernhalten würden, da sie eindeutig zu den Preisschwankungen beigetragen haben.**

---

<sup>2</sup> Kyrili und Martin, *The Impact of the Global Economic Crisis on the Budgets of Low-Income Countries*, Oxfam International, Juli 2010

<sup>3</sup> Vgl. IGB, *Gewerkschaftserklärung anlässlich des UNO-Gipfeltreffens über die Millenniums-Entwicklungsziele*, Vereinte Nationen, New York, 20. – 22. September 2010

## ***Der Anteil der Beschäftigten am Einkommen geht zurück: Das globale Ungleichgewicht beheben***

16. "Globalen Ungleichgewichten" als Ursachen der 2008 ausgebrochenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wurde erhebliche Aufmerksamkeit geschenkt, aber dabei ging es vorwiegend um die Ungleichgewichte zwischen großen Handelsüberschuss- und -defizitländern. Obwohl dies wichtig ist, sollten die IFIs größeres Augenmerk auf eine der grundlegenden Ursachen der Handelsungleichgewichte sowie auf andere destabilisierende Faktoren richten: die zunehmende Einkommensungleichheit innerhalb der meisten Länder der Welt, sowohl der Entwicklungs- als auch der Industrieländer, das den Globalisierungsprozess der letzten drei Jahrzehnte begleitet hat.

17. Die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes hat maßgeblich zu der zunehmenden Ungleichheit beigetragen. Beschäftigte, die prekäre Tätigkeiten verrichten, mit atypischen Arbeitsverträgen, haben häufig weder das Recht noch die Möglichkeit, Tarifverhandlungen zu führen und können ihre Arbeitsbedingungen daher nicht verbessern. Sie sind zudem am wenigsten in der Lage, wirtschaftliche Erschütterungen zu verkraften. Ein besonders beunruhigender Aspekt ist der unverhältnismäßig hohe Anteil von Frauen in prekären Arbeitssituationen, wie etwa im Rahmen von Teilzeit-, befristeten, Leih- oder ausgelagerten Arbeitsverhältnissen. In Entwicklungsländern sind Frauen gewöhnlich auf den niederen Stufen globaler Lieferketten oder am Rande der Produktionssysteme vertreten, genau dort, wo die Löhne und die Qualität der Beschäftigung am schlechtesten sind.

18. Schon vor der globalen Wirtschaftskrise waren stagnierende oder zurückgehende Realeinkommen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Hauptursache des Phänomens der zunehmenden Ungleichheit. Mit wenigen Ausnahmen ist der Anteil der Arbeit am Volkseinkommen zurückgegangen, weil die Reallöhne der Beschäftigten nicht entsprechend den Produktivitätszuwächsen erhöht wurden. Aufgrund stagnierender Binnenmärkte infolge unzureichender Arbeitslöhne haben mehrere Länder eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die darauf abzielt, ihren weltweiten Exportanteil zu erhöhen, ohne ihre Importe zu steigern, wodurch die externen Ungleichgewichte entstehen, die der IWF und andere Institutionen als destabilisierend erkannt haben. Und in manchen Ländern haben die Finanzfirmen versucht, die Realität stagnierender Arbeitseinkommen dadurch zu umgehen, dass sie ihre Kreditvergabe an bereits stark verschuldete Haushalte in aggressiver Weise ausweiteten, u.a. durch rücksichtslose Praktiken, die zu der Krise am zweitklassigen Hypothekenmarkt der USA und zu ähnlichen Situationen in anderen Ländern geführt haben.

19. Die Korrektur der sinkenden Löhne und Gehälter erwerbstätiger Menschen sowie des geschlechtsspezifischen Lohngefälles sollte eins der Hauptziele internationaler Institutionen wie des IWF und der Weltbank sein. **Die IFIs können nicht für sich in Anspruch nehmen, mit Erfolg zur Entwicklung von Ländern beigetragen zu haben, wenn das Volkseinkommen immer mehr zugunsten einer wohlhabenden Elite verzerrt wird. Eine Politik, die die Verteilungswirkungen ignoriert, trägt nicht nur zu vermehrten Ungleichheiten bei, sondern erhöht auch die Gefahr einer wirtschaftlichen und sozialen Instabilität, was aus der globalen Finanzkrise und Rezession 2008/2009 deutlich wurde.**

## ***Die Arbeitseinkommen und den sozialen Schutz verbessern, um Ungleichheiten abzubauen***

20. Es können und sollten Maßnahmen ergriffen werden, um mit der Korrektur der zunehmenden Ungleichheit und des sinkenden Arbeitsanteils am Volkseinkommen zu beginnen. Vor allem geht es dabei um Maßnahmen zur Förderung einer qualitativ hochwer-

tigen Beschäftigung – menschenwürdiger Arbeit, einschließlich der Achtung der Kernarbeitsnormen und eines angemessenen Sozialschutzes für alle – im Rahmen der globalen Konjunkturmaßnahmen, aber auch als Bestandteil einer langfristigen und nachhaltigen Entwicklungsstrategie. Es ist wichtig, festzuhalten, dass Länder mit angemessenen Einkommenssicherungsprogrammen und einem funktionierenden sozialen Dialog die Rezession wesentlich besser überstanden haben als Länder mit deregulierten Arbeitsmärkten und wenig Sozialschutz. In Entwicklungsländern haben sich die Ausweitung eines grundlegenden Sozialschutzes auf Menschen, die zuvor in keiner Weise sozial abgesichert waren, öffentliche Baumaßnahmen und die Erhöhung der Mindestlöhne als höchst wirksam bei der Ankurbelung der Beschäftigung in weniger begünstigten Sektoren oder Regionen erwiesen, da die Zahlungsströme dorthin erhöht wurden.

21. Die Spitzen der G20 haben bei ihrem Gipfeltreffen in Pittsburgh ein *Rahmenwerk für robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum* beschlossen, das einige dieser Elemente enthielt, die bei der Arbeitsministertagung der G20 im April in Washington weiter ausgeführt wurden, wie etwa durch die Hinzufügung der Notwendigkeit, den sozialen Schutz auszuweiten und eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu fördern. Der IWF wurde aufgefordert, einen *gegenseitigen Bewertungsprozess der G20* zu entwickeln, um die Länder dazu zu ermutigen, mit einer ausgewogenen Wachstumsagenda zu vereinbarende Maßnahmen zu ergreifen. Der 2010 vorgenommene Richtungswechsel zugunsten von Sparmaßnahmen deutet jedoch darauf hin, dass wenig getan wurde, um diese politischen Rahmenwerke in die Praxis umzusetzen.

**22. Die IFIs müssen Länder ermutigen und unterstützen, die eine Arbeits- und Sozialschutzpolitik verfolgen, die auf den Abbau der Ungleichheit und die Verbesserung der Einkommen arbeitender Menschen abzielt.** Brasilien, das zuvor eins der Länder mit der größten Ungleichheit in der Welt war, hat durch eine Kombination aus erhöhten Mindestlöhnen und erweiterten Einkommenstransferprogrammen, ausgerichtet auf Haushalte mit niedrigem Einkommen, mit dem Abbau der Einkommensungleichheit begonnen. Die Unterstützung von Arbeitsmarktinstitutionen und -prozessen wie Tarifverhandlungen sind ebenfalls Schlüsselemente, wenn es um die Verminderung von Ungleichheit geht.

23. Von den IFIs geförderte Sozialschutzmaßnahmen müssen nicht nur auf die Gleichbehandlung von Männern und Frauen abzielen, sondern auch auf gleiche Leistungen für Frauen und Männer. Die Ausweitung des sozialen Schutzes auf alle, ungeachtet ihres Beschäftigungsstatus, wird sich direkt positiv auf Frauen auswirken, da sie in informellen, prekären und nicht vergüteten Tätigkeiten besonders stark vertreten sind. Ein angemessener Mutterschutz für alle erwerbstätigen Frauen sorgt für einen gleichberechtigten Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt und reduziert die Einkommensungleichheiten zwischen Frauen und Männern.

**24. Die Förderung von Maßnahmen wie diesen und nicht der Deregulierung des Arbeitsmarktes und reduzierter Beiträge zur Sozialversicherung, wie von der auflagenstärksten Veröffentlichung der Weltbank, *Doing Business*, gefordert, würde dazu beitragen, Einkommensungleichheiten zu vermindern und den Lebensstandard arbeitender Menschen zu verbessern.** Hinsichtlich des *gegenseitigen Bewertungsprozesses der G20* sollte der IWF die Kompetenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in den Bereichen Beschäftigung und Sozialschutz anerkennen und die IAO bitten, umfassende Kapitel zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik bezüglich der Maßnahmen jeder einzelnen G20-Regierung als Krisenreaktion vorzubereiten. In den Empfehlungen sollten auch Maßnahmen zur Förderung menschenwürdiger Arbeit und zur Verminderung von Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt und bei den Einkommen enthalten sein.

## ***Die IFIs müssen qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen fördern***

25. Die Menschen müssen jederzeit Zugang zu öffentlichen Diensten wie dem Bildungs- und Gesundheitswesen haben, aber in Krisenzeiten wird dies noch wichtiger. Investitionen in den öffentlichen Dienst sind der wirksamste Weg, um kurzfristig neue Arbeitsplätze zu schaffen und langfristig für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen. Ohne qualitativ hochwertige öffentliche Dienste wird die Kluft zwischen Reich und Arm größer werden und der private Sektor kann sein volles Potenzial nicht ausschöpfen. Durch die Kürzung wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen zur Erfüllung fiskalpolitischer Ziele schaffen die Regierungen nicht nur unmittelbare Notlagen und verursachen immense soziale Kosten, sondern sie schaden auch dem Produktivitätswachstum und der längerfristigen Entwicklung des Landes insgesamt.

26. Ausgabenkürzungen im Bildungswesen, die in manchen Ländern, die Notkredite vom IWF erhalten haben, im Zuge von Sparmaßnahmen vorgenommen wurden, könnten zum "Verlust einer ganzen Generation" von Kindern und Jugendlichen führen, die über keine ausreichende bzw. keine angemessene Bildung verfügen. In zahlreichen Entwicklungsländern hat die Tatsache, dass nicht genügend Mittel vorhanden sind, um die Initiative 'Bildung für alle' zu finanzieren, zur Umkehr der vorherigen Fortschritte bei der Erreichung des Millenniums-Entwicklungsziels einer Grundschulbildung für alle Kinder geführt. Die Tendenz einiger Regierungen, durch die Einstellung nicht ausgebildeter und unqualifizierter Lehrkräfte Kosten zu sparen, häufig mit Unterstützung der Weltbank, untergräbt zudem die Aussichten auf das Angebot einer qualitativ hochwertigen Bildung für alle. **Der IWF und die Weltbank sollten Ausgabenerhöhungen für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste wie das Bildungs- und Gesundheitswesen in Ländern, die finanzielle Unterstützung der IFIs erhalten, fördern und bei der Mobilisierung der zur Erreichung des Ziels einer Grundschulbildung für alle erforderlichen zusätzlichen finanziellen Mittel behilflich sein.**

## ***Die Arbeitnehmerrechte bei von den IFIs finanzierten Tätigkeiten schützen***

27. Die IFIs sollten den Problemen, die stagnierenden und sinkenden Reallöhnen zugrunde liegen, einschließlich weitverbreiteter Arbeitnehmerrechtsverletzungen, verstärkte Aufmerksamkeit schenken. Die Kernarbeitsnormen<sup>4</sup> wurden als grundlegende Arbeitnehmerrechte festgelegt, die alle Länder respektieren sollten, und sie schaffen die Grundvoraussetzungen für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Verletzungen dieser Normen haben in einigen Fällen in Form von neuen Gesetzen stattgefunden, die den mit diesen Normen etablierten Rechten zuwider laufen oder sie beschränken, unter dem Vorwand, dass dies notwendig sei, um die Auswirkungen der Krise in den Griff zu bekommen. Eine Reihe dieser Rechtsverstöße sind in einem detaillierten Bericht des IGB belegt.<sup>5</sup>

28. Der wirksamste Beitrag der IFIs zu Maßnahmen, die mit den Kernarbeitsnormen vereinbar sind, besteht darin, sicherzustellen, dass diese Normen bei ihren eigenen Tätigkeiten respektiert werden. Der IWF sollte dafür sorgen, dass die Kreditprogramme mit einzelnen Ländern nicht von deren Regierungen dazu verwendet werden, um einige dieser

---

<sup>4</sup> Die Kernarbeitsnormen sind international vereinbarte grundlegende Menschenrechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet des Entwicklungsstandes ihrer Länder, die in nachstehenden IAO-Übereinkommen definiert werden. Diese Übereinkommen beziehen sich auf die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen (IAO-Übereinkommen 87 und 98); die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (IAO-Übereinkommen 100 und 111); die Beseitigung sämtlicher Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit (IAO-Übereinkommen 29 und 105) und die wirksame Abschaffung von Kinderarbeit einschließlich ihrer schlimmsten Formen (IAO-Übereinkommen 138 und 182).

<sup>5</sup> IGB, *Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten 2010*, Juni 2010

Rechte zu verweigern, wie etwa durch den Entzug des Tarifverhandlungsrechtes unter dem Vorwand eines Sparprogramms. Auch die Kredite der Weltbank, die zur Finanzierung einer Umstrukturierung staatlicher Dienste oder Unternehmen verwendet werden, sollten die Achtung der Kernarbeitsnormen als Auflage enthalten. Im Bereich der von der Weltbank finanzierten Infrastrukturvorhaben und der Projekte, die von der für die Kreditvergabe an den privaten Sektor zuständigen Weltbankeinrichtung IFC finanziert werden, sind bereits wichtige Maßnahmen ergriffen worden, um die Achtung der Kernarbeitsnormen zu einer Auflage zu machen.

29. Die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken haben sich 2009 gemeinsam darauf verständigt, Klauseln bezüglich der Kernarbeitsnormen in ihre harmonisierten Ausschreibungsdokumente aufzunehmen, die für Kredite der multilateralen Entwicklungsbanken für Bauvorhaben verwendet werden. Diese wurden anschließend mit Zustimmung aller veröffentlicht.<sup>6</sup> **Die Weltbank muss Maßnahmen ergreifen, um in der Praxis für die uneingeschränkte Einhaltung der Kernarbeitsnormen bei von der Bank finanzierten Projekten zu sorgen, was die Schulung von Bank- und Regierungsbeauftragten sowie eine angemessene Überwachung und Folgemaßnahmen auf Projektebene erfordern wird, einschließlich der Einführung eines Beschwerdeverfahrens im Falle einer Nichteinhaltung.** Global Unions haben angeboten, bei der Inkraftsetzung der Bestimmungen mit der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammenzuarbeiten.

30. Die IFC, die 2006 Auflagen bezüglich der Kernarbeitsnormen in ihre sozialen und ökologischen Leistungsnormen aufgenommen hat, nimmt gegenwärtig eine Überprüfung der Normen vor, bei der untersucht wird, welche zusätzlichen Überwachungs- und Inkraftsetzungsmechanismen eingeführt werden müssen, beispielsweise bezüglich Finanzintermediären, die einen großen und wachsenden Anteil am IFC-Portfolio ausmachen. Die Leistungsnormen sollten auch vor dem Hintergrund der massiven Arbeitsplatzverluste infolge der globalen Wirtschaftskrise aktualisiert werden. Die Normen der IFC sollten es den Firmen u.a. zur Auflage machen, angemessene Kündigungsfristen und Entlassungsabfindungen vorzusehen sowie Kündigungen so weit wie möglich zu vermeiden, was beispielsweise durch vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen oder Schulungsprogramme erreicht werden könnte. **Global Unions haben detaillierte Empfehlungen zur Verbesserung der Leistungsnormen unterbreitet, die sie die IFC bitten, anzunehmen. Die Empfehlungen zielen auf die Gewährleistung ab, dass die Investitionen der IFC in wirksamerer Weise zur weltweiten Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, einschließlich der Kernarbeitsnormen, beitragen.**

### ***Ein abgestimmter globaler Ansatz bei der Regulierung der Finanzmärkte***

31. In der G20-Gipfelerklärung von Pittsburgh im September 2009 wurde von erheblichen Versäumnissen in Bezug auf Regulierung und Aufsicht in Verbindung mit leichtfertiger und unverantwortlicher Risikobereitschaft von Banken und anderen Finanzinstituten gesprochen, ebenso wie von der Notwendigkeit weitreichender Reformen zur Bewältigung der Ursachen der Krise und zur Transformation des Systems der globalen Finanzmarktregulierung. Einige Länder haben neue Systeme zur Regulierung ihrer Finanzmärkte eingeführt, die auf zuvor unregulierte bzw. unzureichend regulierte Aktivitäten Anwendung finden werden. Aber auch bei diesen Regeln gibt es nach wie vor Ausnahmen und Lücken, und in vielen Ländern steht eine umfassende Revision noch bevor. Der in der G20-Forderung nach einer Transformation des Systems der globalen Finanzmarktregulierung implizierte international abgestimmte Ansatz wurde bislang nicht verfolgt. Zwei internatio-

---

<sup>6</sup> International Federation of Consulting Engineers (FIDIC), *Conditions of Contract for Construction: Multilateral Development Bank Harmonised Edition*, Juni 2010



nale Institutionen, der IWF und das kürzlich erweiterte Financial Stability Board (FSB), wurden von der G20 beauftragt, an verschiedenen Aspekten eines internationalen Rahmenwerks zur Reform des Ordnungssystems zu arbeiten, bisher jedoch ohne nennenswerte Ergebnisse. Zudem operiert das FSB in undurchsichtiger Weise und verweigert einen ernsthaften Austausch mit Global Unions, einschließlich ihrer Mitgliedsorganisationen im Finanzsektor, obwohl die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Hauptopfer der Regulierungs- und Aufsichtsversäumnisse gewesen sind.

**32. Global Unions haben detaillierte Empfehlungen zur Finanzmarktregulierung in jedem der nachstehenden Bereiche unterbreitet, und sie fordern den IWF, das FSB und die Weltbank dringend auf, die Länder dabei zu unterstützen, die von den Spitzen der G20 im Jahr 2009 zugesagten weitreichenden Reformen durchzuführen. Dabei sollte Folgendes Priorität haben:**

- die Einführung von Kontrollen über Schattenfinanz, Hedge-Fonds und private Beteiligungsfirmen (Private-Equity-Firmen)
- die Festlegung von Regeln für die Eingrenzung sonstiger risikoreicher Aktivitäten von Investmentbanken
- die Beseitigung von Steuer- und Regulierungsloosen
- die Integration von Eigen- und Fremdkapitalrisiken in die Aufsichtsregeln für Banken
- die Begrenzung von Boni und anderen unverantwortlichen und exzessiven Vergütungsplänen im Finanzsektor
- die Einschränkung von Aktionärsdividenden, Aktienrückkäufen und besicherten Darlehen (Leveraged Loans)
- die strenge Regulierung von Ratingagenturen
- die Verbesserung der Vollmachten und Ressourcen von Aufsichtsorganen
- die Förderung von Finanzdienstleistungen, die der Realwirtschaft dienen, u.a. durch Genossenschaftsbanken, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentliche Finanzdienstleistungen
- die Auseinandersetzung mit der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern, u.a. durch das "Stolen Assets Recovery (StAR)"- Programm der Weltbank

### ***Eine Finanztransaktionssteuer zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erreichung der Entwicklungsziele***

33. Die Unterstützung für eine Finanztransaktionssteuer hat zugenommen, seit die Spitzen der G20 bei ihrem Gipfel im September 2009 in Pittsburgh zu dem Schluss kamen, dass der Finanzsektor einen fairen und umfassenden Beitrag leisten sollte, um für die außerordentlichen staatlichen Interventionen aufzukommen, die erforderlich waren, um das private Finanzsystem davor zu bewahren, unter dem Gewicht seiner eigenen riskanten Investitionen zusammenzubrechen. Die finanziellen Belastungen, die den Regierungen durch die Krise aufgebürdet wurden, waren nicht auf die Kosten der Bankenrettungen begrenzt, sondern umfassten auch die Kosten der Arbeitslosenunterstützung, von zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen und anderen wirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen sowie den Verlust von Staatseinnahmen infolge der verminderten Wirtschaftstätigkeit. All dies sollte in die Kosten der Finanzkrise und deren Folgen, die die Regierungen in aller Welt vor immense haushaltspolitische Herausforderungen gestellt haben, eingerechnet werden. Es werden zusätzliche Staatseinnahmen erforderlich sein, um zur Schaffung von genügend Arbeitsplätzen anzuregen, damit das Beschäftigungsniveau wieder seinen Vorkrisenstand erreichen kann. Darüber hinaus haben mehrere Regierungen für die kommenden Jahre umfangreiche Entwicklungshilfegelder und Mittel für den Klimaschutz zugesagt.

34. Global Unions, die an der Gruppierung beteiligten Organisationen und ihre Mitgliedsorganisationen in aller Welt befürworten eine Finanztransaktionssteuer, weil durch sie umfangreiche Mittel aufgebracht werden, die erforderlich sind, um die durch die Finanzkrise und die anschließende weltweite Rezession entstandene Haushaltslücke zu schließen und den finanziellen Zusagen auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung und des Klimaschutzes gerecht zu werden. Das Europäische Parlament und die zwischenstaatliche "Leading Group on Innovative Financing for Development", eine Pilotgruppe für innovative Entwicklungsfinanzierung, haben Berichte veröffentlicht, in denen die positive Rolle einer Finanztransaktionssteuer erkannt wird. Der IWF, der Berichte über die Besteuerung des Finanzsektors für die G20 erstellt hat, ist zu dem Schluss gekommen, dass in mehreren G20-Ländern und an anderen Finanzplätzen mit Erfolg unterschiedliche Arten einer Finanztransaktionssteuer angewandt würden, dass die Verwaltungskosten verglichen mit anderen Steuern gering wären und dass eine breit angelegte Finanztransaktionssteuer beträchtliche Einnahmen einbringen könnte. Obwohl im Hauptbericht des IWF für die G20 über die Besteuerung des Finanzsektors andere Optionen bevorzugt werden, lautet das Fazit, dass eine ausreichende Grundlage für die praktische Einführung einer Finanztransaktionssteuer in irgendeiner Form vorhanden sei.

35. Eine Reihe von Organisationen der Zivilgesellschaft, Regierungen und führende Vertreter/innen der Geschäftswelt befürworten das Konzept einer Finanztransaktionssteuer. Eine solche Steuer könnte nicht nur zusätzliche Einnahmen einbringen, sondern auch dazu beitragen, "Kurzsichtigkeit", Aktienblasen und wiederkehrende Finanzkrisen zu vermindern und stattdessen zu produktiven, beschäftigungsfördernden Investitionen in die Realwirtschaft anregen. Die Erfahrungen mit bereits vorhandenen Transaktionssteuern haben gezeigt, dass eine solche Steuer in einem oder mehreren Ländern mit Erfolg angewandt werden kann, wobei ein international vereinbarter und abgestimmter Inkraftsetzungsprozess natürlich noch wirksamer sein wird. **Angesichts des wachsenden weltweiten Interesses an einer Finanztransaktionssteuer zur Bewältigung der Kosten der Finanzkrise, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erreichung der Entwicklungs- und Klimaschutzziele sollte der IWF deutlich machen, in welcher Form er die Einführung einer solchen Steuer koordinieren könnte.**

### ***IFI-Reform***

36. Global Unions haben sich der Forderung nach einer Reform des IWF und der Weltbank wiederholt angeschlossen, um die Vertretung der Entwicklungsländer in den Entscheidungsgremien der beiden Institutionen beträchtlich auszuweiten und die Rechenschaftspflicht der IFI-Programme zu verbessern. Die G20 hat bei ihrem Gipfel im September 2009 in Pittsburgh die unausgewogene Vertretung erkannt und vorgeschlagen, dass die Weltbank und der IWF den Stimmenanteil der Entwicklungsländer um mindestens drei bzw. fünf Prozent erhöhen.

37. Die Weltbank hat diesen bescheidenen Schritt im April 2010 getan und einen geringen Prozentsatz der Stimmenanteile "Entwicklungs- und Schwellenländern" übertragen, wobei sie die Absicht bekundete, eine Formel für die künftige Neuberechnung des Stimmengewichts zu entwickeln. Diese Änderungen begünstigen jedoch weiterhin Länder mit einem höheren Entwicklungsstand. Den größten Nutzen davon tragen Länder mit mittlerem Einkommen und sogar 16 Länder, die die Bank als Volkswirtschaften mit hohem Einkommen einstuft. Der IWF kämpft in dieser Hinsicht noch mit internen Problemen. Obwohl es positiv ist, dass die IFIs erkannt haben, dass eine Reform ihrer Lenkungssysteme erforderlich ist, sowohl für ihre internationale Legitimität als auch für ihre Wirksamkeit, reichen diese von der G20 vorgeschlagenen und bisher nur teilweise vorgenommenen Änderungen an der

Stimmenstärke nicht aus. **Global Unions und viele andere Organisationen der Zivilgesellschaft bestehen darauf, dass die Entwicklungsländer sowohl bei der Weltbank als auch beim IWF zumindest gleich stark vertreten sind wie die Industrieländer. Sie befürworten auch das Prinzip einer doppelten Mehrheit bei Abstimmungen in den leitenden Organen der IFIs, wobei die Mehrheit sowohl der Länder als auch der gewichteten Stimmen für die Beschlussfassung erforderlich wäre.**

38. Die Legitimität der IFIs und das Ausmaß ihrer Rechenschaftspflicht hängen davon ab, inwieweit sie die von ihren Maßnahmen und Programmen direkt Betroffenen konsultieren. In zahlreichen Fällen haben die Gewerkschaften bei von der Bank finanzierten Projekten oder Umstrukturierungsplänen erst von diesen Plänen erfahren, nachdem alle Entscheidungen getroffen worden waren, obwohl die Bank Material und Leitfäden zusammengestellt hat, in denen die frühzeitige Konsultation der Arbeitnehmervertreter hinsichtlich der arbeitsbezogenen Auswirkungen ihrer Umstrukturierungsprojekte empfohlen wurde. Es ist bisher unklar, ob der neue Beschluss der Bank vom Juli 2010 bezüglich des Zugangs zu Informationen, der bedeutende Verbesserungen vorsieht, aber zahlreiche Ausnahmen für den Entwurf von Dokumenten ermöglicht, an dieser Situation etwas ändern wird.

39. Viele der jüngsten Notkredite des IWF haben auch erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigung, die Löhne, Zusatzleistungen und die Arbeitsbedingungen gehabt, vor allem für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. In den meisten Fällen wurden die Beschäftigten und ihre Organisationen erst nach Abschluss der Vereinbarungen darüber unterrichtet. Beide IFIs sollten sicherstellen, dass sie die Gewerkschaften konsultieren, deren Mitglieder von den Projekten oder Kreditprogrammen betroffen sind, bevor sie endgültig festgelegt werden. **Vor allem in Ländern, in denen die Regierungen die Gewerkschaften bezüglich der Auswirkungen von IFI-Initiativen auf die Beschäftigten nicht konsultieren, sollten der IWF und die Weltbank die betroffenen Arbeitnehmerorganisationen unterrichten und anhören, bevor sie ein Projekt oder eine Kreditvereinbarung endgültig mit der Regierung festlegen.**

### ***Schlussfolgerung***

40. Global Unions fordern den IWF und die Weltbank dringend auf, Maßnahmen zu ergreifen, um der weltweiten Beschäftigungskrise zu begegnen und zu einer nachhaltigen Konjunkturerholung beizutragen und nicht zuzulassen, dass private Finanzinstitute einen Richtungswechsel zugunsten von Sparmaßnahmen diktieren, die langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Schaden anrichten werden. Es bedarf eines globalen Rahmens für die Finanzmarktregulierung, um eine Wiederholung der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 zu verhindern. Dies ist ein Bereich, in dem der IWF eine wesentlich größere Rolle spielen könnte, ebenso wie bei der Konzipierung und Einführung einer Finanztransaktionssteuer, mit der ein Teil der Kosten der Krise sowie von Entwicklungs- und Klimaschutzzusagen gedeckt werden könnte. Die IFIs sollten umgehend Aktionspläne entwickeln, um auf die erneute Lebensmittelpreiskrise zu reagieren, vor allem in Ländern mit niedrigem Einkommen, und eine Politik verfolgen, die auf die Umkehr der drei Jahrzehnte lang größer gewordenen Einkommensungleichheiten auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in aller Welt abzielt. Und abschließend fordern Global Unions die Weltbank auf, ihren jüngsten positiven Schritten bezüglich der erforderlichen Einhaltung der Kernarbeitsnormen bei von ihr finanzierten Bauprojekten wirksame Folgemaßnahmen anzuschließen und dafür zu sorgen, dass diese Auflagen uneingeschränkt und in wirksamer Weise erfüllt werden.